

Enttäuschte SP-Frauen hoffen auf die nächste Generation

Regierungswahlen Trotz vollmundiger Ankündigungen kandidiert bei der SP nur eine Frau

VON MICHAEL NITTAUS

Sobald feststand, dass Urs Wüthrich 2015 nicht mehr zu den Baselbieter Regierungswahlen antritt, meldeten sich bei der SP die üblichen Verdächtigen. Vor allem Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer war sofort zur Stelle und forderte ihre Genossinnen auf zu kandidieren - am besten sollten sich gleich zwei Frauen von der Partei aufstellen lassen. «Mit einer Doppelkandidatur steigen die Chancen der SP, endlich auch mit einer Frau in der Regierung vertreten zu sein, massiv», sagte sie im Mai gegenüber der «Schweiz am Sonntag».

Zwei Monate später macht sich Ernüchterung breit. Zwar stellt sich die Liestaler Stadträtin Regula Nebiker dem internen Nominationsverfahren - sie ist aber eben die Einzige. Zwar können die Sektionen bis Ende Juli noch weitere Kandidaten melden, doch die Präsidentin der SP-Frauen, Annemarie Marbet, sagt: «Es zeichnet sich ab, dass keine weitere Frau antreten wird.» Die SP-Frauen sprachen Nebiker deshalb gestern offiziell ihre Unterstützung aus.

Wunsch waren vier Frauen

Natürlich wird Nebiker für ihren Entschluss gelobt, doch Marbet sagt auch offen: «Ich hatte eigentlich gehofft, dass wir mit zwei bis vier Kandidatinnen aufwarten können - auch einfach, um das Potenzial der Frauen in unserer Partei aufzuzeigen. Deshalb bin ich enttäuscht.» Nebiker selbst hatte gegenüber der bz ebenfalls schon eine Doppelkandidatur der Frauen gefordert. «Jetzt bin ich desillusioniert», sagt sie nun.

Marbet legt offen, dass sie für die Wahlen 2015 insgesamt mit vier Frauen Gespräche geführt hat: Neben Nebiker waren dies Mirjam Würth, Kathrin Schweizer und Sabine Aspiron. Neben beruflichen Gründen sei dabei auch die hohe Belastung als Argument zur Sprache gekommen. «Ein Regierungsrat exponiert sich. Möchte man sich wirklich der Kritik aussetzen, die nur auf die Person zielt wie bei Adrian Ballmer, Peter Zwick oder Urs Wüthrich?» Dies würden Frauen viel stärker analysieren als Männer, sagt Marbet.

Sie gibt zu, dass Anspruch und Wirklichkeit bei den SP-Frauen zurzeit nicht übereinstimmen. Aber: «Ich hoffe nicht nur, sondern ich bin sicher, dass es in Zukunft besser wird - dank unserer Jungpartei.» Schliesslich künde sich ein Generationenwechsel an, «mit selbstbewussteren jungen Frauen». Grosse Hoffnungen legt sie in die aktuelle Co-Präsidentin der Juso Baselland, Samira Marti. Die 20-jährige Ziefnerin ist politisch bereits sehr aktiv und hat gegenüber der bz auch schon früher angekündigt, 2015 für den Landrat kandidieren zu wollen.

Regierungsrätin Samira Marti? «Warum nicht?», sagt Marbet. Die Angesprochene



Das ist die Zukunft der Baselbieter SP: Samira Marti (2. v. r.) und der Juso-Vorstand wollen Frauen stärker fördern. ZVG

kann sich ein Lachen nicht verkneifen. Ganz so weit sei sie dann doch noch nicht. Aber: «Ich politisiere gerne und möchte im Kanton etwas bewegen.» Deshalb wolle sie nächstes Jahr auch für den Liestaler Peter Küng in den Landrat ziehen. Den von Marbet prophezeiten Generationenwechsel stellt Marti bereits in vielen Sektionen fest. Und er gibt auch der Jungpolitikerin Hoffnung. Denn dass 2015 nur eine SP-Frau Regierungsrätin werden will, ärgert sie: «Für eine SP ist das enttäuschend.»

Juso-Marti fordert neue Strategie

Und Marti nimmt die SP-Spitze in die Pflicht: «Die Parteileitung muss langfristiger planen.» Schliesslich seien die grossen Wahltermine ja meist Jahre im Voraus bekannt. Sie müsse sich Gedanken machen, was für eine Personalpolitik sie betreibe. Es sei wichtig, gezielter als bisher intern Frauen aufzubauen. Man müsse sie fördern, ihnen innerhalb der Partei mehr Aufgaben anvertrauen. «Das kommt nicht von alleine», sagt Marti. Sie kümmere sich etwa in der Juso bereits darum, dass nach ihrem

32

Frauen zählt der 90-köpfige Baselbieter Landrat. Dies entspricht einem Frauenanteil von 35,6 Prozent - und damit einigem über jenem des Bundesparlaments (26,8%) liegt. Der Frauenanteil differiert zwischen den Fraktionen stark: Am höchsten ist er bei der CVP/EVP mit 7 von 13 Landräten (53,8%). Die im Text thematisierte SP liegt mit 9 von 21 Landräten (42,3%) ebenfalls über dem Schnitt. Wenige Frauen politisieren in der FDP (2 von 13) und in der BDP/GLP-Fraktion (1 von 7). (HAJ)

Wechsel zur Mutterpartei der Nachwuchs gesichert sei. Die Kritik möchte sie allerdings nicht als Angriff auf Parteipräsidentin Pia Fankhauser verstanden wissen. «Die Fehler wurden lange vor ihr gemacht.»

Daniel Mürger, der sich mit Nebiker und Christoph Hänggi um eines der zwei SP-Tickets für die Regierungswahlen vom 8. Februar 2015 bewirbt, zeigt sich überrascht: «Es ist schon schade, dass bei den Frauen nun keine Auswahl besteht.» Er hält das Thema generell aber für «übergewichtet» und verweist auch auf die kommende Generation. Mit einem Augenzwinkern sagt er: «Meine Tochter Veronica kandidiert ja auch für den Landrat.» Immerhin: Die mangelnde Auswahl hat auch einen Vorteil. Nebiker hat eines der beiden SP-Tickets praktisch auf sicher. Würde sie am Ende gar gewählt, so sagt sie: «Dann möchte ich für die anderen SP-Frauen ein Vorbild sein.» Für Marbet steht bereits fest: «Regula Nebiker ist noch vor den Männern die Top-Kandidatin der SP.» Ehrlich, wie sie ist, schiebt sie aber lachend nach: «Was soll ich als Präsidentin der SP-Frauen auch anderes sagen?»

NACHRICHTEN

ARLESHEIM

Gemeinde stemmt Deckungslücke selber

Die Gemeinde Arlesheim will die Ausfinanzierung ihrer Deckungslücke bei der Baselbieter Pensionskasse BLPK vollständig aus eigenen Mitteln vornehmen. Dies teilte der Gemeinderat im Anschluss an die letzte Gemeindeversammlung mit. Die notwendigen Mittel werden auf dem Geld- oder Kapitalmarkt beschafft. Diese Variante zeichne sich laut Gemeinderat durch günstige Zinsen aus, ermögliche dem Gemeinderat Flexibilität, und die Schuld gegenüber der BLPK kann auf einmal getilgt werden. Die Deckungslücke von rund 10,4 Millionen Franken (davon 2,4 Millionen Rückstellungen), muss per Ende dieses Jahres ausfinanziert sein. (BZ)

MUTTENZ

Unfallfahrer erlitt Schwächeanfall

Am späten Dienstagnachmittag hat ein Verkehrsunfall zwischen zwei Personenwagen in Muttenz zu einer Totalspernung der Baselstrasse geführt. Gemäss den bisherigen Erkenntnissen der Polizei verlor ein 53-jähriger Mann wegen eines Schwächeanfalls die Kontrolle über seinen Wagen, als er in die Baselstrasse einbog. Darauf kollidierte er mit einem korrekt entgegenkommenden Fahrzeug. Er musste von der Sanität in ein Spital eingeliefert werden. (BZ)

MUTTENZ

Rennbahnkreuzung grossräumig umfahren

Laut dem Baselbieter Tiefbauamt beginnt diesen Samstag die Intensivphase der Umgestaltung und Erneuerung der St. Jakob-Strasse in Muttenz. Während der Sommerferien, vom 5. Juli bis 18. August, werden Margelacker- und Birsfelderstrasse an der Rennbahnkreuzung vollständig gesperrt. Die Kreuzung kann dann nur in Längsrichtung der St. Jakob-Strasse befahren werden. Fahrzeuge, welche die Rennbahnkreuzung queren möchten, müssen die Baustelle grossräumig umfahren. (BZ)

BASELSTADT

Hoher Besuch aus Baden-Württemberg

Heute Donnerstag empfangen die Regierungen beider Basel gemeinsam Winfried Kretschmann, den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, mit einer Delegation. Es ist der erste Besuch des Ministerpräsidenten in den beiden Kantonen. Das Programm sieht einen Empfang mit anschliessender Arbeitssitzung auf Schloss Ebenrain in Sissach und am Nachmittag ein Besichtigungsprogramm im Grossraum Basel vor. (BZ)

Für die Geber ist das Mass voll Kantonale Geldspritze

Finanzausgleich 2014 wird der Betrag erstmals gedeckelt. In Zukunft werden «Tabus angekratzt»

VON MICHAEL NITTAUS

Die Steuerkraft der 86 Baselbieter Gemeinden scheint ausser Rand und Band. Die Schere zwischen den reichen und armen Gemeinden wird immer grösser. So kommt es, dass der horizontale Finanzausgleich 2014 in Rekordhöhe vorstösst. 68 Millionen Franken müssten die 19 Geber den 67 Empfänger Gemeinden eigentlich zahlen. Eigentlich. Denn erstmals seit ihrer Einführung 2012 kommt eine Deckelung zum Tragen. Der maximale Abschöpfungssatz - also jener Anteil ihrer Steuerkraft, den die stärksten der Geber höchstens abtreten müssen - wurde auf 17 Prozent beschränkt. Und 2014 wäre er bei 19,5 Prozent gelegen. Das hat zur Folge, dass die Empfänger nun auf 5,9 Millionen Franken oder 45 Franken pro Einwohner verzichten müssen und noch 62,2

Millionen erhalten. Durch diese Deckelung ist die Summe nun sogar etwas geringer als 2013 (63,5 Mio. Fr.).

Das verkündete Finanzdirektor Anton Lauber am gestrigen Infoabend für Gemeindevertreter in Liestal. Die Ursachen des neuen Höchststandes sind vielfältig: Zum einen ist die Steuerkraft sowohl der Empfänger Gemeinden als auch der schwächeren Gebirgsgemeinden gesunken. Nur jene der starken Geber hat leicht zugenommen, weswegen diese noch stärker zur Kasse gebeten werden. Dazu kommen individuelle Schwankungen, die teils heftig ausfallen: Oberdorf etwa war 2013 noch ein starker Geber und zahlte 1,1 Millionen Franken in den Ausgleich. Nach der Abwanderung der Medizinaltechnikfirma Synthes stürzte die Steuerkraft aber massiv ab, und Oberdorf bezieht nun 3,2 Millionen Franken.

Was tun? Daniel Schwörer vom Amt für Gemeinden skizzierte mögliche Massnahmen, die die zuständige Konsultationskommission bis Herbst prüft. «Wir müssen gewisse Tabus ankratzen», sagt er. Zur Diskussion steht die weitere Senkung der Deckelung, aber auch, ob die Steuerfüsse massiv steigen sollen. Ein Gedanke ist auch, dass der Kanton den eigentlich horizontalen Ausgleich mitfinanziert - dafür aber andernorts von den Gemeinden entlastet würde.

Lauber verwies auch auf das Gemeindestrukturgesetz, das nach den Ferien in die Vernehmlassung geht. Wenn supra-kommunale Regionen Aufgaben des Kantons übernehmen und die Gemeinden so stärken, könnten sie auch besser eine Senkung des Finanzausgleichs verkraften. Wie auch immer es herauskommt: Der revidierte Finanzausgleich soll 2016 in Kraft treten.

Hausärztemangel Baselbieter Regierung will weiterhin die Ausbildung fördern.

Die Baselbieter Regierung will auch weiterhin den Hausärzte-Nachwuchs fördern. Sie hat beim Landrat hierfür einen Kredit von 225 000 Franken jährlich für drei Jahre, also total 675 000 Franken, beantragt. Erst am Dienstag hatte die Uni Basel der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass sie auf diesen Herbst hin 40 zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen wird (total 1020 Plätze), um dem Mangel an Hausärzten zu begegnen.

Bisher hat der Kanton Baselland zur Nachwuchsförderung von 2009 bis 2014 Assistentenstellen in Hausarztpraxen mitfinanziert. Das Ziel, junge Ärztinnen und Ärzte so für den Hausarztberuf zu motivieren, sei erreicht worden, heisst es in einer Regierungsmitteilung vom Mittwoch. Laut der Statistik des

Bundesamts für Gesundheit hat die Zahl der Ärzte mit Praxistätigkeit im Kanton Baselland in den Jahren 2007 bis 2012 von 534 auf 618 zugenommen. Das ist ein Anstieg von 16 Prozent. Die Zahl der Grundversorger stieg dabei aber nur von 231 auf 248, also um 7 Prozent.

Mit einer Ärztedichte von 2,24 auf 1000 Einwohner lag der Kanton Baselland 2012 knapp über dem schweizerischen Mittel von 2,11 (siehe auch bz von gestern). Die Lage sei laut Regierung aber weniger komfortabel, als es auf den ersten Blick erscheint.

Bei einem Mangel an Grundversorgern müssten die Patienten aber auf teurere Alternativen ausweichen wie Direktkonsultationen bei Spezialisten oder in den Notfallstationen der Spitäler oder Direkteintritte in Spitäler ohne genügende Vorabklärung. Die Förderung des Hausärzte-Nachwuchses sei daher ein Beitrag zur Eindämmung des unkontrollierten Kostenwachstums im Gesundheitswesen. (SDA/BZ)